

**Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 10.03.2004**

Vorlage Nr. 04-F-03-0015

***Mieterfeindliche Wohnungspolitik in Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 2.3.2004 -  
Der Ausschuss für Soziales möge beschließen:***

***1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob die Aussage des Stadtverordneten und CDU-Fraktionsvorsitzenden Bernhard Lorenz, veröffentlicht im Wiesbadener Kurier vom 14.01.04, zutrifft, dass eine Absichtserklärung des Landes Hessen vorliegt, wonach für Mieterinnen und Mieter der Kündigungsschutz von 10 Jahren im Falle der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bei Geltendmachung von Eigenbedarf auch nach dem Jahr 2004 in Wiesbaden weiterhin Bestand haben wird.***

***2. Unter Bezugnahme auf das Schreiben des Mieterschutzvereins Wiesbaden und Umgebung e.V. vom 19.02.04 an Herrn Oberbürgermeister Diehl wird der Magistrat aufgefordert, sich umgehend und notfalls unabhängig von der Fristsetzung für eine Stellungnahme gegenüber dem Hessischen Städtetag beim Land Hessen für eine Verlängerung des Zweckentfremdungsverbot in der Hessischen Zweckentfremdungsverordnung einzusetzen.***

---

**Beschluss Nr. 0035**

1. Der Sozialdezernent berichtet, dass nach derzeitigem Stand der Überlegungen des Landes Hessen für Wiesbaden eine Verlängerung des Kündigungsschutzes auf 10 Jahre geplant ist. Dies sei aber nicht rechtsverbindlich. Stadtrat Hessenauer sagt zu, die Angelegenheit weiter zu verfolgen.
2. Punkt 1 des Antrages ist damit erledigt.
3. Punkt 2 des Antrages wird abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2004

Weinerth  
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2004

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .03.2004

Dezernat VI  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Diehl  
Oberbürgermeister